

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Bezugszeitung: Tageblatt Riesa.
Bereich Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Leipzig 21388.
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 218.

Sonnabend, 18. September 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Herausgabe, monatlich 4.— Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Berechnung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für das 43. zum zweiten, 1. zum dritten und 7. zum vierten Band 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zentralen und tiefenländischer Tag 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 80 Pf. pro Seite Tarife. Bewilligter Rabatt erhältlich, wenn der Bezug verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Sitzungs- und Eröffnungsort: Riesa. Vereinbarte Unterhaltungsbeiträge, Gröba an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unzulässiger Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsstätten — hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schmid, Riesa; für Verantwortliche: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Flachseinsatz.

Der Einkauf des der Bevölkerung unterliegenden Flachstrohes im Bereich der Amtshauptmannschaft Großenhain ist durch die Reichswirtschaftsstelle für Flachs der Sächs. Flachserwerbsanstalt, G. m. b. H., Truppenübungsplatz Seitzbahn übertragen und zum Einkäufer des Betreibers erhältlich. Herr Hermann Riesa in Mühlberg a. Elbe besteht worden.

Die Flachsanbauwerder aufgefordert, sich zwecks Ablieferung des Flachstrohes mit dem Genannten in Verbindung zu setzen. Flachseinsatz auf liegt in beträchtlicher Anzahl auftretende wilde Händler wird streng bestraft.

Ablieferungsmeßblätter für Flachs aller Arten, die Auskunft über die Preise, Abnahmefeststellungen und Rücklieferungen geben, sind bei den Gemeindebehörden oder an unterzeichneteter Stelle erhältlich.

Großenhain, am 14. September 1920.

1119 b.K. Die Amtshauptmannschaft.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen unter den Viehherrn unter den Viehherrn der folgenden Weiler:

In Götschau bei Bernhard Schwarze; in Wieda bei Josef Alois; in Miersdorf bei Otto Müller; in Niederschön bei Richard Schurz; in Nitsch bei Ernst Gehre und Arthur Werner; in Leutewitz bei Paul Gräfe, Robert Kloppe und Hermann Hörsig.

Auf die amtlichen Bekanntmachungen wegen des Ausbruchs der Seuche in Götschau, Wieda, Miersdorf, Niederschön und Leutewitz wird hingewiesen.

Großenhain, am 17. September 1920.

2069 a.E.L.

Die Amtshauptmannschaft.

Saatgutpreise für Brotgetreide, Gerste und Hafer.

Nachstehend werden die mittels der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 26. Juli 1920 — Reichsgesetzblatt Seite 1483 — für Getreide- und Saatgut festgesetzten Höchstpreise bekanntgegeben:

1. Für anerkanntes Saatgut

bei Weizen, Speltz (Dinkel), Eiter und Einkorn

für die erste Ablaat bis zu 2110 Mark,

für zweite " 2010 "

für dritte " 1910 "

bei Roggen

für die erste Ablaat bis zu 1970 Mark,

für zweite " 1870 "

für dritte " 1770 "

bei Gerste und Hafer

für die erste Ablaat bis zu 1920 Mark,

für zweite " 1820 "

für dritte " 1720 "

für die Tonne.

Anerkanntes Saatgut sind nur erste, zweite oder dritte Abläate, die unter Bezeichnung des erhabenden Landwirts, der Fruchtart, der Größe der Anbausfläche und der anerkennenden Stelle in einem von der Reichsgetreidestelle im Deutschen Reichsanzeiger zu veröffentlichten Verzeichnis aufgeführt sind.

2. Für sonstiges Saatgut (Handels-Saatgut)

bei Weizen, Speltz (Dinkel), Eiter und Einkorn 1810 Mark,

bei Roggen 1870 "

bei Gerste und Hafer 1820 "

für die Tonne.

Die unter 1 und 2 festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betr. Höchstpreise. Sie sind nur zulässig, wenn die Bestimmungen über den Verkauf mit Saatgut genau befolgt werden.

4. Beim Weiterverkauf von Saatgut dürfen neben den Saatguthöchstpreisen unter 1 und 2 insgesamt Zuschläge bis zu 18 vom Hundert der Preise genommen werden. Diese Zuschläge umfassen auch die Auslagen für die Fracht von dem Abnahmestandort sowie die durch Zusammenstellung kleinerer Lieferung zu Sammelladungen nachweislich entstandenen Vorratskosten, im Saatgutverkauf nicht die Verförderungskosten von der Verladestelle des Erzeugers ab.

Abnahmestandort im Sinne dieser Bestimmung ist der Ort, bis zu dem der Verkäufer die Kosten der Verförderung trägt.

5. Aufrüherhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe werden die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen.

Großenhain, am 18. September 1920.

1244 a.L. Der Kommunalverband.

Fristverlängerung für die Zahlung der Frühdruschprämie.

Das Wirtschaftsministerium — Landeslebensmittelamt — zu Dresden hat gemäß § 1 Absatz 2 der Verordnung über Frühdrusch vom 20. Juni 1920 mit Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft für diejenigen Landwirte des Kommunalverbandes Großenhain, die von dem Elektrofahrzeughändler Gröba mit elektrischer Kraft versorgt werden und die infolge der insbesondere vom 25. August d. J. ab eingetreteten Betriebsstörungen nicht haben dreischen können, die Frist für die Zahlung der Frühdruschprämie bis einschließlich den 30. September 1920 verlängert.

Diejenigen Landwirte, die mit elektrischer Kraft des Elektrofahrzeughändlers Gröba beschäftigt und die für das bis zum 30. d. J. Wld. noch zum Ausdruck und zur Ablieferung gelangende Getreide die Druschprämie bewilligt haben wollen, haben auf der ihnen von dem Kommissionäre über die erfolgte Ablieferung im vorgeschriebener Weise auszufüllenden Ablieferungsbescheinigung sich von ihrer zuständigen Ortsbehörde bescheinigen zu lassen, daß sie das Getreide mit elektrischer Kraft des Elektrofahrzeughändlers Gröba gehoben haben.

Die Ablieferungsbescheinigung ist hierauf an die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes einzuführen, durch die dann nach Prüfung die Auszahlung der Druschprämie erfolgt.

Durch die Kommissionäre gelangt bei der Ablieferung des Getreides zunächst nur der vorgeschriebene Höchstpreis ohne Druschprämie zur Auszahlung.

Großenhain, am 17. September 1920.

1279 a.L. Der Kommunalverband.

Örtliches und Sächsisches.

Riesa, den 18. September 1920.

— Mitteilungen aus der Ratsversammlung am 17. September 1920.

1. Auf Vorladung des Ausschusses für gärtnerische Anlagen beschließt der Rat, vom künftigen Jahre ab vom Stadtkommandanten abzusehen.

2. Von einem günstigen Angebot über Verbandskosten u. s. w. für das Stadtkommandantur beschließt der Rat Gebrauch zu machen und einen höheren Kosten einzuhauen.

3. Zu dem in Dresden stattfindenden Waller-

Kursus soll der Direktor des Wasserwerks abgeordnet werden. Der Kurzbeitrag in Höhe von 200 Mark und die entstehenden Reisekosten werden bewilligt.

4. Von der Übereitung des Herrn Stadtrat Scherffig, daß er sein Amt als Platzmitglied infolge Bewegungs-niederlage, nimmt der Rat Kenntnis. Herr Stadtrat Kern, als Vertreter des 2. St. beurlaubten Herrn Bürgermeister Dr. Scheider, nahm Veranlassung, dem Scheidenden für seine fachliche dem Wohle der Stadt geleistete Mitarbeit den Dank des Rates auszusprechen, worauf Herr Stadtrat Scherffig dankt und verabschiedet, daß er auch fernerhin für die Stadt Riesa reines Interesse habe werde.

Zu 2. und 3. ist die Befürmmung des Stadtvorstandes.

Hollegiums erforderlich. Hierüber wurden noch 34 Punkte erledigt.

—* Blasmusik. Sonntag, den 19. September spielt von 11 bis 11 Uhr an auf dem Albertplatz die Kapelle des Reichswehr-Bionier-Batt. 19 Blasmusik. Musikfolge:

1. Ablösung der Gladiatoren. Marsch von Blaiburg.

2. Overture zur Oper "Die Stumme von Portici" von Weber. 3. Melodien aus "The Geisha" von Jones. 4. Goldregen. Walzer von Waldbensel. 5. Kirchblüte. Tonstück von Albert. 6. Im bunten Dreieck. Marsch von Hertha.

—* 1000 Mark Belohnung. Gestohlen wurden in der vergangenen Nacht aus der Kantine des Baumwollwerkes, die vom Betriebsrat betrieben wird. Schafe.

Reichswebwaren.

Für Minderbemittelte Jahreseinkommen von nicht mehr als 6000 Mark, für jede Mind unter 15 Jahren werden noch 400 Mark mehr berechnet, liegen noch folgende Waren in größerem Umfang zur Verfügung: Lagerdecken zu 10,40 Pf., Nova-Gutterstoff zu 10,— Pf. d. Meter, Glanzkörper Gutterstoff zu 11,80 Pf., Frauenstrümpfe zu 12,30 Pf. d. Paar, Männersocken zu 4,80 Pf., Kinderstrümpfe zu 25 bis 37,— Pf. d. Paar, Stoffwesten zu 14,— bis 16,50 Pf. und in kleinerem Umfang auch Sockleinwand zu 5,— Pf. d. Meter.

Die Ausstellung der Berechtigungscheine erfolgt lediglich bei den Ortsbehörden (Stadtrat, Gemeindevorstand, Gutvorsteher). Die Anträge sind bis zum 1. Oktober 1920

bei den Ortsbehörden zu stellen und von letzteren zur Abstempelung an den Kommunalverband bis zum 5. Oktober 1920 einzureichen. Vorher dürfen sie nicht beliefert werden.

Großenhain, am 17. September 1920.

269 a.K. Der Kommunalverband.

Die unterzeichnete Preisprüfungsstelle hat bis auf weiteres für nachstehend genannte Waren folgende Höchstpreise festgelegt:

Möhren	das Pfund	-15 Pf.	Blumen, aufgesprungene
Kartoffeln	-25	"	das Pfund
Kohltrabi der Kopf	-05 und -10	"	Tomaten
sehr grohe Köpfe	-15	"	Salat die Stunde -10 bis -20
Welskraut	das Pfund	-25	Brettlbeeren das Pfund 2,50
Blaukraut	-25	"	rote Rüben
Blaukraut	-35	"	Nobirüben
Spiebeln, ohne Kraut	-75	"	Doldenbeeren
Blumen und Kepf	-20	"	Vilze
1. Fallobit	-20	"	Bladiisches das Stückchen mind.
2. geringeres Obst	-30	"	15 Pf.
3. Latzelobit	-	"	Wierettiche das Stück -05 bis -15
das Pfund	-40 bis -60	"	Weintrauben das Pfund 1,50
Blumen, guterhaltene	-40 bis -60	"	Kürbis
das Pfund	-40 bis -60	"	Sonat

Für Ladenbreite darf auf diese Preise ein Aufschlag von höchstens 15%, für biefige und von höchstens 20%, für von auswärtig eingeführte Waren eintreten.

Der so berechnete Ladenpreis darf auf 5 Pf. nach oben abgerundet werden.

Wir betonen wiederholend, daß wir alle Waren mit Beschlag belegen, für welche höhere als obengenannte Preise gefordert werden und bei welchen der Einkaufspreis nicht nachgewiesen werden kann.

Der Rat der Stadt Riesa, am 18. September 1920.

Pr.

— Preisprüfungsstelle.

Stadtbücherei,

über 5500 Bände, jeden Montag und Donnerstag, ausschließlich schulfreier Tage, abends von 6—7 Uhr geöffnet. Eingang: Haupttor des Knabenbildungsbüro des Goethestr. Preis für den Band 1. und 2. Woche 5 Pf. für jede weitere Woche 5 Pf. mehr.

Die Verwaltung der Stadtbücherei. Thielemann.

Waffenablieferung in Gröba.

Die angeordnete Entwaffnung der Bevölkerung hat in der Zeit vom 15. September bis 1. November 1920 zu erfolgen.

Die Waffenablieferungsstelle befindet sich im Gemeindeamt, Zimmer 6. Dieselbe ist in der oben erwähnten Zeit an jedem Mittwoch, nachmittags 2—5 Uhr geöffnet.

Für die Ablieferung von Militärwaffen, für Waffenteile und Munition werden sofort die aus dem im Ablieferungsraum aushängenden Werkblatt ersichtlichen Prämien gewährt.

Die Belebung eines Ausweises durch den Abliefernden über Erwerb der Waffen und über seine Beruf ist nicht erforderlich.

Nicht abgabepflichtig sind die Gewehre Modell 71 und 71/84.

Die abgelieferten Waffen werden in Gegenwart des Lieferbringens sofort unbrauchbar gemacht.

Auf die bekannt gegebenen Strafbestimmungen wird besonders verwiesen.

Gröba (Elbe), am 16. September 1920.

Inde, Blasen, Gläsern, gießen nach Damentonnenweise, braune und schwarze Sondertank, Holzentralk, enolische Überholen, 1 blauer und 1 graugestrichener Anzug, 2 hellgrau und 1 blauer Gummi-Siegenmantel und eine Ansatzblaugedruckte Frauen-Wermechurten. Einzelne sachliche Wahrnehmungen erhielt die Gendarmerie Görlitz.

* Vom Elektroautoverband Görlitz wird uns geschrieben: Der Elektroautoverband Görlitz hat eine Störungsperiode von so eingeschneidender Wirkung und erheblicher Dauer für das gesamte Wirtschaftsleben hinter sich, wie er sie seit seinem Bestehen noch nicht erlebt. In den Abnehmerkreisen hat sich wegen der vollständigen Stilllegung aller Kraftwerke und der starken Einschränkung des Lichtverbrauchs eine durchaus verständliche Erwartung bemerkbar gemacht. So sind n. a. auch der Verbandsleitung und der Direktion hieraus die schweren Vorwürfe darüber gemacht, daß sie die eingetretene Misere nicht rechtzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen getroffen haben. Hieran sei folgendes bemerkt. Bis November 1918 hat die Rauchhammer-Zentrale ohne nennenswerte Störung Strom geliefert. Trotzdem hat die Verbandsleitung in Gelehrnis einstünftige Entwicklung es für ratsam gehalten, bereits 1917 mit dem sächsischen Staat einen Vertrag auf Stromlieferung abzuschließen, um in Zukunft nicht zu von einer Stromquelle abhängig zu sein. Bereitschaft sollte der sächsische Staat am 1. Januar 1920 mit der Stromlieferung beginnen. Letzter hat man s. R. dem Staat zu großes Vertrauen und seinen verbindlichen Auslagen Glauben geschenkt, denn der Staat hat bis heute noch keinen verbindlichen Termin für den Beginn der Stromlieferung genannt. Die Nichterfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen schüttelt den Staat mit dem Hinweis auf die zeitlichen Verhältnisse ab. Teilweise kann man diese Entschuldigung gelassen lassen. Es ist aber kein Geheimnis, daß der schwächeren Verwaltungskraft ebensoviel Schuld treibt. Anfolge Verlagen des Staates hat die Verbandsleitung schon im vorigen Jahre den Bau einer eigenen Hilfszentrale mit Dieselmotorbetrieb beschlossen, welche nunmehr ihren Vollendung entgegengesetzt. Ferner wurde von Verbandsseiten im Frühjahr dieses Jahres die Initiative ergriffen, Anschluß an ein anderes Kraftwerk zu erhalten, nämlich den Reichskraftwerk in Lauta. Dieser Anschluß wird Anfang nächsten Jahres betriebsfertig sein und dem Verband von da ab größere Leistung zur Verfügung stehen. Die fürglich erfolgte Besichtigung der Lauchhammer-Zentrale hat ergeben, daß seit der ersten großen Störung vor 1½ Jahren ununterbrochen an der Beseitigung der eingetretenen Schäden gearbeitet ist und man kurz davor war, die letzten Arbeiten zu erledigen, als die leichte große Störung eintrat. Genau konnte die wirkliche Ursache dieser Störung nicht festgestellt werden. Jedoch steht fest, daß eine ganze Reihe ungünstiger Umstände zur Unkerbungsliegung von 3 Maschinen mit 20 000 Kilowatt Leistung führten, sodass nur noch eine einzige kleine Maschine von 500 Kilowatt den Notbetrieb aufrecht erhalten konnte. Der einzige richtige Weg, unter den bestehenden Verhältnissen in nächster Frist wieder zu einigermaßen aufrechterhaltender Stromlieferung zu kommen, war, der Verbandsleitung der Rauchhammer-Zentrale durch weitgehende Entlastung der Kraftstromabnahme Gelegenheit zu geben, ihre Maschinenanlage ordnungsgemäß und einwandfrei durchzuprüfen, um dann die festgestellten Mängel restlos zu beseitigen. Dies ist geschehen und seit vergangenem Mittwoch ist der Betrieb im bisherigen Umfang wieder aufgenommen, ohne daß man von Vollbetrieb reden kann. Hierzu fehlen dem Verband die vorstehend erwähnten Stromquellen, sodass bis zu deren Benutzung nach dem bisherigen Notplan weitergearbeitet werden muß. Die Verbandsleitung hofft bei Verlagen der einzigen Stromquelle, nämlich der Rauchhammer-Zentrale, um Nachdruck. Aus Vorbehunden ist zu erziehen, daß einzige und allein das Verlagen des Staates das Verbandswert in die eigene Hilfszentrale gebracht hat, daß aber alles getan wird, aus diesem Zustande so schnell wie möglich herauszufinden.

* Flascheinbau. Glasbaumeister werden auf die im amtlichen Teile abgedruckte Bekanntmachung, monatlich zum Glasbaumeister für die Amtshauptmannschaft Großenhain Herr Betriebsgroßhändler Hermann Fries in Röhlberg a. Elbe benutzt worden ist, besonders hingewiesen.

* Theateraufführung im Hotel Höpner. Mit herzlichem Beifall wurde das dreiajährige Lustspiel "300 Frauen" von Hans und Johanna v. Bentele, mit dem Mitglieder des Landestheaters (Schauspielhaus Dresden) gestern ein ausverkautes Haus bekannt machten, aufgenommen. Ein feines Lustspiel ist's, das sich frei von allen Trivialitäten hält. Die Handlung förmlich ständig munter fort, eins ergibt sich zwangsläufig aus dem andern, die Personen sind flott, aber sicher gesiednet. Die in den Händen des Hoffnspieler Hans Gerit liegende fänklische Leitung holt alles gut zusammen, wozu auch die türkigen Auftritte beitragen. Alle Spieler gelten vorzüglichem Schauspielerisches Adnan: Hans Gerit als bemitleidenswerter junger Ehemann, der mit lässigem Gaigendumor einer Ehe oder vielmehr Weibstand beginnt, Doris Kraus als aufgelöste junge Ehefrau, die in sich offiziell den Willen zur Macht" entdeckt, Madii Martinus, als Frauenschätzchen, die in der jungen Ehe zweitklassige Aufklärungsdienste leistet und dadurch zunächst viel Unheil hilft, Franz Heimig als vornehmer Mitter und Friedensstifter und Greta Mittaghausen als Dienstmädchen. Es.

* Die "Sächsische Schauschule" des Sächs. Ministrantenbundes unter der Leitung von Augustus Renz begann am Freitag, den 24. September, abends 8 Uhr ihre auf 8 Abende berechnete Spielzeit mit einem ausgelieferten Stückplan im Saale des "Hotel Höpner" Röhl. Der Stückplan ist aus dem Angehörigen unteres Blattes zu erkennen. Die Vorstellungen beginnen alle pünktlich abends 8 Uhr. Die Spielzeit wird mit der Aufführung des Schauspielereignisses "Das Widerpartenliga Bühnung" eröffnet und schließt am Freitag, den 1. Oktober mit dem dreifachen Lustspiel "Das Konzert" von Hermann Bahr. Zur Bequemlichkeit für die Besucher werden für die Spielzeit von acht Vorstellungen Karten zu bedeutsam ernährten Preisen ausgetragen. Die Blätter sind unperfekt, die Karten können also beliebig weitergegeben werden. Als weitere Unannehmlichkeit werden es die Blätter empfinden, daß besondere Blöcke mit Einzelheiten als Karten ausgesondert werden, so daß Gewerkschaften und größere oder kleinere Vereinigungen, wie auch Betriebe, eine ganze Karte entnehmen und die Karten für jede einzelne Vorstellung an ihre Mitglieder oder Angestellten zu ernährten Preisen weitergeben können. Damit erübrigten sich alle bisherigen Gutscheine und Ermäßigungen. Für die Mitglieder des SEDB sind bei Entnahme von Karten besondere Ermäßigungen.

* Hölzl im Vogtland. Nach einer Meldung aus Auerbach i. V. erhielt am 9. September der Verleger der Vogtländischen Nachrichten, Hans Gieckert, von dem Kommunisten Mag. Höls einen in Salzenstein zur Post gegebenen Drohbrief, worin der Bandenführer erklärt, er werde ihm in kurzer Zeit für sein lebhaftes Interesse an dem Projekt gegen die vogtländischen Kommunisten und für seine "Verleumdungen" seinen persönlichen Dank abholten. Auf Grund dieses Briefes zog die sächsische Regierung bei der tschechoslowischen Regierung Erkundigungen ein und erhielt die Bestätigung, daß Mag. Höls vor einigen Tagen tatsächlich geflüchtet sei. Man vermutet, daß Mag. Höls nach dem Vogtland gewandt hat und sich in der Salzensteiner Gegend verborgen habe. Allerdings wird in anderen Meldungen wieder erklärt, daß er der Meinung ist, daß Höls sich im Vogtland aufhält, seine Veranlassung sei schlecht. Das eine aber ist jedenfalls zutreffend, daß Höls da nicht

mehr im heutigen Gewerbeamt befindet, wie auch aus folgender Meldung aus Berlin hervorgeht: Wie das preußische Ministerium des Innern mitteilt, ist der sächsische Kommunistenführer Höls aus der Tschecho-Slowakei über die österreichische Grenze entkommen.

* Tagung des deutschen Eisenbahnerverbandes. Die Freitagversammlung befaßte sich von 8 Uhr morgens an mit Betriebsfragen, wozu ein langer Antrag des Vorstandes vorlag und sich eine längere Debatte entzog. In der weiteren Verhandlung verurteilte Quedlinburg-Osnabrück, Bez. Oberberg, energetisch die Schließung der Werkstätten, die nur aus politischen Gründen erfolgt sei, obwohl die Produktion sich bedeutend erhöhen habe. Für die Entlastung der Bauleiter und Dampflokbesitzer seien auch die Betriebsräte gewollt. Die Regierung habe dies aber nicht entlassen, sondern müßige Verlegen, darunter 40 Jahr im Dienst stehende auf die Straße geworfen. Später nachmittags erhält Verbandsvorstand Scheffel das Schlusswort zum Geschäftsbericht. Er wandte sich gegen politische Betriebsräte, sprach sich aber für den Ausbau des wirtschaftlichen Betriebsrätesystems im Rahmen der Gemeinschaften aus. In seinem Schlusswort betonte der 2. Vorstand Scheffel, die kommunistischen Querstreiter im Verband müßten aufbrechen. Er appellierte an das Verantwortungsgefühl der Delegierten und mahnte davon die Wiederannahme von Neutens seitens des bisherigen Vorstandes abhängt. Abends sprach der 1. Verbandsvorstand über organisatorische Fragen.

* Keine Mietstellen? Den „L. R. R.“ wird aus Dresden geweckt: Wie wir von gutunterrichteter Seite hören, möchte die in Ansicht genommene Wohnungsbau im Reichstag keine Mehrheit finden. Infolgedessen ist die sächsische Regierung in eine gewisse Bedrängnis geraten, da sie bereits Vorstöße auf den erwarteten Ertrag der Mietsteuer in Ansicht genommen und wohl auch bereits gewichtet hat. Das Landeskundungsamt wird nunmehr eifrig nach neuen Wege suchen müssen, um die zur Befriedung der Wohnungsnachfrage erforderlichen Riesensummen zu beschaffen.

* Billigere Kartoffeln für die armen Bevölkerung. Eine Vertreterversammlung des Verbandes sächsischer Landwirte beschloß, von jedem Hektar Kartoffelfeld je 10 Rentner zum Preise von 20 Pfennig für die armeren Schichten des Volkes abzuhängen. Die Kartoffelanbaustadt Sachsen umfaßt etwa 80 000 Hektar. Der Regierungswert liegt zwar noch unter den Berechnungen der sogenannten Industriekommission, beträgt aber mindestens 30 Pfennig für den Rentner.

* Fürsorge für Lungengranate. Aus der deutschen Wehrmacht zur Entlastung kommende Lungengranate haben in der Regel ein längeres Heilungsverfahren hinter sich. Bevor weiterer Fürsorge werden sie bei ihrer Entlastung den amtlichen fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vorgestellt, um diesen Gelegenheit zu geben, für den Kranken und seine Familie rechtzeitige Fürsorgemaßnahmen zu treffen. Die Fürsorgestellen führen sodann die etwa noch erforderliche weitere ärztliche Behandlung herbei und helfen auch sonst unter Anspruchnahme der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel. Daneben bleibt es Lungengranaten Kriegsbeschädigten unbekommen, jederzeit die Genehmigung eines Heilverschreibens beim zuständigen Verwaltungsamts zu beantragen. Heiligens wird nach Erfüllung der Aufführungsbestimmungen zum neuen Kriegsverlängerungsgefecht den Kriegsbeschädigten früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht, also auch den Lungengranaten, sowohl ihnen Verlängerung nach diesem Gesetz zusteht, die Möglichkeit gegeben sein, zur Erlangung ärztlicher Behandlung unmittelbar die Hilfe einer Krankenkasse in Ansuch zu nehmen.

* Kriegsauszeichnungen für Kriegsgefangene. Die Kriegsgefangenen und Internierten sind nunmehr in der Wehrmacht in die Heimat zurückgeschafft. Entsprechend früheren Erlassen wird jetzt, wie die Telegraphen-Union erklärt, bestimmt: Der 1. Dezember 1920 gilt als Schlüstermin, bis zu dem diese — in der Zeit vom 1. August 1919 bis Ende Ende August 1920 zurückgeblieben — Heeresangehörigen ihre Anträge spätestens stellen müssen auf Verleihung von: Kriegsauszeichnungen, Dienstauszeichnungen, Dienstaufzeichnungen, Dienstauszeichnung 3., 2., 1. Klasse, Bandeckendienstauszeichnung 1., 2. Klasse. Die später, also nach Ende August 1920 noch befindende Kriegsgefangenen sind gehalten, die Anträge innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten nach der Rückkehr vorzubringen. Die rechtzeitige Antragstellung liegt im eigenen Interesse der Bewerber. Soweit die Anträge noch nicht eingereicht sind, sind sie nunmehr zu stellen: durch Heeresangehörige, die in die Reichswehr übernommen werden, beim Truppenteil, sonst ausnahmslos beim Abteilungsamts dessenigen früheren Armeeform, in dem die Heimkehrer ihren Wohnsitz nehmen. Aus den Anträgen muß ersichtlich sein: Tag der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, letzter Feldtruppenstell. Werner ist die Kameraschaltung ehemaliger Feldvorgesetzter erwünscht, die zur Beurteilung der Verdienste dienen. Anhänger dieser erfolgt durch die Dienststellen. Die Verfolgungsämter sind bei der Verleihung von Auszeichnungen nicht mehr beteiligt.

* Gegen den Abbruch von Maschinen in der Textil-Industrie. Auf einer Dresdner Tagung des Rates Sachsen des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurde zunächst die Betriebsrätefrage erörtert und hierzu verschiedene Entwicklungen angenommen. Dann bestimmte man eine Abordnung, die am Montag bei der Regierung gegen den Abbruch von Maschinen in der Textilindustrie vorstellig wurde. Sie erreichte, daß in Zukunft nicht allein die Handelskammern, sondern auch die einschlägige Arbeiter-Organisation gutachtlich gehört werden sollen.

* Akademische Ferienkurse für Lehrer und Lehrerinnen. Der Sächsische Lehrerverein veranstaltet im Herbst 1920 (vom 4. bis 23. Oktober) wieder einen besonders für die jungen Lehrer und Lehrerinnen bestimmten Ferienkurs an der Universität Leipzig. In dem Kursus werden die für die neue Zeit besonders wichtigen Gebiete, wie Pädagogik, Geschichte, Staatslehre, Religionswissenschaft, Philosophie und Naturwissenschaft, berücksichtigt werden. Ganz besonders sei an die Veranstaltungen des weit über Deutschland hinaus bekannten physikalischen Instituts des Leipziger Lehrervereins hingewiesen. Der Kursus vorbereitende Ausschuss hofft, daß die deutschen Unterrichtsministerien gern den Damen und Herren, die im Interesse und zum Ruhm der Volksschule am Kursus teilnehmen wollen, Urlaub gewähren werden. Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins wird sich bemühen, Erleichterungen und Unterstützungen zu schaffen, soweit die Mittel reichen, damit möglichst allein, die in ihrer wissenschaftlichen Fortbildung vorwärtsstreben, die Teilnahme möglich wird. Ausführliche Programme sind zu erhalten durch Lehrer Johannas Kellhae, Leipzig-Schleußig, Oesterstraße 22, II.

* Leipzig. Der Sohn des verstorbenen Werkmeisters Weißlog in Klosterbuch ist vor einigen Tagen aus 52-jähriger Gefangenheit in Sibirien zurückgekehrt. Seit etwa zwei Jahren hatten seine Angehörigen annehmen müssen, daß er tot war. Umso größer war die Freude, als der verschollene plötzlich heimkehrte.

* Dresden. Dresdner Zeitungen melden, daß die

Büdermeister des Blauenhauses am Freitag einen Demonstrationzug vor das Wirtschaftsministerium in Dresden-Radebeul geplant hätten, um eine bessere Wiedereinführung zu erwirken. Der Leitung-Sachverständige erläutert die Befreiung bestmöglich so stark ist, weil ihnen von den Kunden die Schuld an der schlechten Verschwendigkeit des Brotes in die Schuhe gewoben wird. Alle Bemühungen darauf, daß nicht sie, sondern die zukünftigen Ernährungsstellen die Schuld trügen, nützen nichts. Darum hätte man sie entschlossen, durch eine Maßnahme besondere Art die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf jene Stelle in Sachen zu lenken, der die Verteilung der zum Brot notwendlichen Mehl abliege. ist. Diese Demonstration habe aber lediglich einen ganz friedlichen Charakter tragen sollen und sei mit den Demonstrationen von anderer Seite in leichter Zeit feierlich auf eine Stufe zu stellen. Das Ausgebot von Vollmannschaften in Dresden gestern vormitag sei also in diesen Woche wirklich nicht nötig gewesen, zumal da die Bäcker dem Wunsch des Ministeriums nach Unterlassen von Ausläufen Rechnung zu tragen in leichter Stunde beabsichtigen würden. Die Ansicht aller sächsischen Büdermeister, daß das Wirtschaftsministerium von sich aus so schnell als möglich irgend etwas zur Herstellung eines besseren Brotes tun müsse, sei erfreulicherweise durch die Mitteilung von dem Plan der Demonstration zum Ausdruck gekommen. — Das Wirtschaftsministerium einerseits erklärt, daß es in den letzten Wochen schon alles getan habe und auch weiterhin nach Kräften bemüht sein werde, die gerechten Wünsche der sächsischen Bevölkerung zu erfüllen.

* Dresden. Das Ortsamt Dresden der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) hat Donnerstagabend mit einer schlichten Sitzung eine Betriebsrätechule eröffnet. In der ersten der zehn angelegten Unterrichtsstunden der Betriebsrätechule behandelte hierauf Ministerpräsident und das Thema: "Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, ihr Zweck und Ziel".

* Bittau. Eine neue Verhältnisregelung der Grenzverträge zwischen Sachsen und der Tschechoslowakei ist von der tschechoslowakischen Belegerung verfügt worden. Von heute Sonnabend, den 18. September ab wird danach die Reisen nach dem tschechoslowakischen Staat über den 10 km-Umfeld hinzu ein Paus mit dem Bahn der tschechoslowakischen Vertretungsbehörde verlangt. Dauerzuläufe werden nicht mehr erlaubt, sondern nur solche zum dreimaligen Überstreichen der Grenze hin und zurück. Sehr ausschlaggebend ist hierbei noch der Umstand, daß die Ausstellung eines solchen Zuläufes eine Gebühr von etwa 80 Kronen verlangt wird. Die Kosten sind demnach so hohe und die Schwierigkeiten des Grenzüberschreitens so groß, daß der bisherige Grenzvertrag, der sehr rege war, nunmehr gänzlich in Frage gestellt ist.

* Werden. Mit der Frage der Verbesserung unseres Brotes beschäftigte sich dieser Tage in Werden der westsächsischen Kreisstadt. Der Geschäftsführer der Vereinigung westsächsischer Landwirte machte für die Brotsverbesserung folgende sehr bedeutsamen Vorschläge: Zuerst besteht das Brot aus 80 Proz. Roggen- und 20 Proz. Bohnenmehl und sei direkt unbekanntlich. Nur sollte das Brot hergestellt werden aus 60 Proz. Roggen, 20 Proz. Weizen- und 20 Proz. Bohnenmehl. Diese Mischung werde ebenfalls kein bekönigliches Brot ergeben. Wenn die Kranken und Unzufriedenen nicht an Zahl zunehmen sollen, müsse man unbedingt auf eine andere Zusammenstellung des Brotmixtures zugehen. Die Landwirte schlagen daher folgende Mischung vor: 70 Proz. Roggen, 20 Proz. Weizen-, 5 Proz. Gersten- und 5 Proz. Bohnenmehl. Weizen- und Gerstenmehl sei bei richtiger Eröffnung genug im Markt vorhanden. Das übrige Bohnenmehl aber müsse der Bezirk überhaupt bald als Viehhutter verlaufen. Die Landwirte würden nicht ruhen und rasten, bis die Verbraucher — denn die Landwirte hätten ja reines Roggenbrot — ein gutes Brot bekommen. Die Vereinigung sei bereit, bei allen Instanzen persönlich vorstellig zu werden.

* Engelsfeld. Die Lage in der Industrie beginnt sich erfreulicher Weise wieder etwas zu beleben. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich um rund 100 vermindert und in der Tuchbranche sind Aufträge der Staatsregierung eingegangen.

* Limbach. Beim Kartoffelschiffen wurde der Försterarbeiter Rothe in der Dunkelheit vom Besitzer Werner angerufen. Als R. flüchtete, gab W. einen Schuß ab, an dessen Folgen Rothe starb.

* Borsigau. Die Arbeitslosigkeit in der Automobilindustrie, die eine der Hauptindustrien unserer Stadt ist, nimmt leider zu. Die Automotore Utiengesellschaft haben in folgedessen genötigt gelebt, in diesen Tagen 200 Arbeiter zu entlassen, meist jüngere Leute. Die Mehrzahl von ihnen wohnt außerhalb Zwönitz. Während in der Textilindustrie die Beschäftigung etwas besser geworden ist, muß die Lage in der Metallindustrie immer noch als ungünstig bezeichnet werden.

* Hofenstein-Ernstthal. Der Streit der Fabrikarbeiter dauert unverändert weiter, da bis jetzt nur zwei Firmen die Forderungen des Streikenden befriedigt haben.

* Sie verlangen je nach dem Alter eine 15—25prozentige Erhöhung der Leistungszulagen, was jedoch die Arbeitgeber ablehnen haben. Der Streit hat sich auch noch auf Chemnitz, Orlna, Stollberg, Burchardsdorf und Hainichen ausgedehnt.

Engesgeschichte.

Dienstes Nr. 3.

* Agrarpolitik der Mehrheitssozialdemokratie. Der "Vormärts" macht über den jetzt fertiggestellten Entwurf eines Agrarpolitikprogramms der Mehrheitssozialdemokratie, der den bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitag beschäftigt wird, folgende Angaben: "In den Einleitungsstunden wird die Notwendigkeit eines Agrarpolitikprogramms für die Wahrung der Interessen der wenig und nichtbesitzenden ländlichen Bevölkerung und für die Sicherung der Lebensmittelversorgung deutlich. Im Anfang wird als das Ziel unserer Agrarpolitik die Sozialisierung der für die Versorgung leistungsfähigen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe festgelegt. Dann wird betont, daß die volkswirtschaftliche Anwendungskraft von Klein-, Mittel- und Großbetrieb in der Landwirtschaft abhängig ist von Bodenbesitzmöglichkeit, Klima, von den Möglichkeiten der Bodenbearbeitung und von der landwirtschaftlichen Technik. Die Kommission ging dabei von der Erweiterung aus, daß die Unruhe in der Landwirtschaft, die mit der überfehlischen Lebensmittelkonkurrenz vor etwa 20 Jahren begonnen hat, noch nicht zu einem Höhepunkt gekommen ist, so daß die Entwicklungslinien der Landwirtschaft noch nicht mit voller Klarheit festzustellen sind. Im einzelnen wird in den Forderungen zusammengefaßt, was zur Produktionssteigerung, was zur Ausweitung des Zwischenhandels, zur genossenschaftlichen Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Produktion, Wirtschaftsorganisation und Kreditbeschaffung notwendig ist, was zum Schutz der Kleinbauern, Bäuerin und Arbeiter gegen Überarbeit und Unfallgefahr, zum Schutz von Gesundheit, für die Sicherung der Lebenshaltung, zur Förderung der Bildung und zur Steigerung von sozialen Kenntnissen der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung notwendig ist." Aus den Mitteilungen des "Vormärts" geht hervor, daß die Sozialdemokratie ihre bisherigen Agrarcheuren auf der ganzen Linie erwidert. Wie die Berliner Abendblätter melden, hat der Reichsforstwirtschaftsrat die von seinem Ausschuß beschlossene Sozialisierung des deutschen Forstwirtschafts einstimmig abgelehnt.

* Wittenberger Proteststreit. Der zweitständige, von den Münchener Kommunisten wegen der Verhaftung des Abg. Giesenberger proklamierte Proteststreit wurde nur vereinzelt durchgeführt. Bei der Straßenbahn und in den Werkstätten der Staatsbahn wurde die Arbeit nirgendwo eingesetzt.

Umbildung des Gewerbevereins in Grunewald. Die braunschweigische Einwohnerwehr hat noch ihre Auflösung eine nicht uninteressante Umbildung vorgenommen. Einige ihrer Vertrauensleute haben die Vereinigung Selbstschutz G. m. b. H. gegründet, deren Hauptziel ist, den Angehörigen der Vereinigung Schutz vor Verlossen und Eigentum gegen verbrecherische Angriffe zu gewähren, so weit möglich und fähiger Schutz nicht ausreicht. Aufnahme findet jeder aufständische Mann ohne Unterschied der Stellung, Religion, Rasse und Partei. Die Vereinigung will eine Art Gewerbeverein haben, sie ist der Meinung, daß sie von der Regierung noch einmal gebraucht wird.

Gefahrlosung eines Eisenbahnbetriebsrats. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Ein Reichsforstforschungsamt. Der Reichsforstwirtschaftsrat, der gegenwärtig in München taat, hat dem Beschluss seiner Ausschüsse zu dem Entwurf eines Reichsforstgesetzes zugestimmt. Das Gesetz unterstellt alle Privat- und kommunalen Waldbungen der Staatsaufsicht und schreibt vor, daß die Länder Waldbundesgesetze aufzustellen und vorzuführen haben. Für Waldungen, die eine von der Landesregierung festzuweisende Mindestgröße haben, sind allgemeine periodische Abtrittspläne aufzustellen. Die Überführung von Waldboden in eine andere Benutzungsart ist genehmigungspflichtig. Abgeholzte Flächen sind binnen drei Jahren wieder aufzuforzen. Das Gesetz ist nur als Rahmenrecht gedacht, das für die Landesregierung grundlegende Normen aufstellt.

Aufführung des amerikanischen Schiffahrtsamtes. Admiral Benson hat gestern die Aufführung des Schiffahrtsamtes an den Vereinbarungen der Hamburg-Amerika Linie mit Harrison gegeben. Der Verband der amerikanischen Reederei erhält ähnlichen Einfluß mit der Regierung, daß dadurch die amerikanischen Schiffe lediglich dazu dienen, den deutschen Überseehandel zu fördern.

Die Nachwahlen zum Reichstag in den Abstimmungsgebieten. Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung zur Aufführung der Nachwahlen zum Reichstag in Schleswig-Holstein und in Ostpreußen Stellung genommen. Eine Dinausstellung dieser Wahlen, solange bis die Wahlen in Oberösterreich stattfinden können, scheint bei der Unikircheheit des Abstimmungstermins ihr Oberösterreich nicht angebracht. Dagegen ist ein Wahltermin selbst noch nicht angelegt worden, weil bei der herrschenden Wahlniedrigkeit innerhalb der Wahlen nach Möglichkeit verlängert werden soll, die Wahlen in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Wahlen zum preußischen Landtag stattfinden zu lassen. Gemeinsame Wahlen zum Reichstag und zum Landtag haben sich bereits bei den letzten Reichstagswahlen in einer Reihe deutscher Länder durchaus bewährt. Voraussetzung für die Zusammensetzung ist, daß dadurch keine allzu wesentliche Veränderung der Wahlen in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein stattfindet. Die Reichsregierung wird deshalb, bevor sie ihre endgültige Entscheidung trifft, abwarten, welchen Abschluß die zur Zeit in der Schweiz befindlichen Verhandlungen über den Zeitpunkt der Wahlen in Preußen finden.

Entsatz zum sozialdemokratischen Parteitag. Die Wehrbeisigsozialdemokraten des Magdeburger Bezirks haben beschlossen, dem sozialdemokratischen Parteitag folgenden Antrag vorzulegen: Der Parteitag möge erneutigen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, alle parlamentarischen Mittel zur Erhaltung der politischen Macht zu benutzen und eine Regierungsbildung angustreben, in der die Sozialdemokratie vertreten ist. Nur von dem Mitzirkel der Sozialdemokratie in der Regierung erhoffen wir eine Stützung unserer Verhältnisse.

Satirer aus Dänemark. "Times" meldet: Die britische Regierung hat mit der dänischen und der deutschen Regierung beim Anlauf dänischer Butter zusammengetragen, um den Preis für die Verbraucher in jedem Lande so niedrig wie möglich zu halten.

Der Transport der nach Deutschland übergetretenen russischen Truppen ist voraussichtlich in einigen Tagen beendet. Gestern sollen bis Mitte Oktober die Wälder im Süden und Osten und in der Umgebung der Pogonj ist seitlich nach südlichen Stufen abgeführt werden. Die aufgebotenen Ortswehren werden bis zu diesem Zeitpunkte allmählich verminder. Ein Teil der aufgebotenen Grenzwache wird voraussichtlich noch vorher entlassen werden können.

Eine Deutlichkeit über die Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: In der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages am 8. dieses Monats hat der Reichsarbeitsminister eine Denkschrift des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung über die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland überreicht. Die Denkschrift behandelt in zusammenhängender Darstellung den Umfang der Erwerbstätigkeit, die mit einer Unterbindung und öffentlichem Mitteln verbunden ist, sowie den weit größeren Umfang der Arbeitslosigkeit überhaupt. Gestern

werden die Gewölbe mit das Niederungsgebiet an Arbeitskräften auf höchstmöglichen Unterlagen eröffnet. Ferner wird auf den Rückgang der Arbeitsgelegenheit in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr hingewiesen und die erfreuliche Sitzung der Arbeiterkraft in Landwirtschaft und Bergbau, trotz der zu überwindenden Schwierigkeiten hervorgehoben. Endlich gibt die Denkschrift Auskunft über die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge und ihre Grenzen. Bei dem Interesse, das die Denkschrift in weiten Kreisen findet, ist die große Zahl der Abdrucke bereits vergriffen.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Ein Reichsforstforschungsamt. Der allgemeine Vorsitz der Deutschen demokratischen Partei findet auf Beschluss des Parteivorstandes vom 11. bis 15. Dezember in Nürnberg in den Sälen des Industrie- und Kulturvereins statt. Die Verhandlungen beginnen am 11. Dezember nachmittags. Ihnen geht am Vormittag eine Sitzung des Parteiausschusses voran. Am 24. September wird die demokratische Reichstagsfraktion gemeinsam mit der demokratischen Parteidivision von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen in Ulm tagen. Am 24. September ist außerdem eine große öffentliche Versammlung vorgesehen, in der u. a. auch Reichsminister Koch spricht.

Demokratischer Parteitag. Der allgemeine Vorsitz der Deutschen demokratischen Partei findet auf Beschluss des Parteivorstandes vom 11. bis 15. Dezember in Nürnberg in den Sälen des Industrie- und Kulturvereins statt. Die Verhandlungen beginnen am 11. Dezember nachmittags. Ihnen geht am Vormittag eine Sitzung des Parteiausschusses voran.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbahnbetriebsrat Grunewald ein Schreiben gerichtet, in dem es von Weihner die Wiedereinführung der Vergleichsfolken fordert.

Die Deutschriften zum Weitertransport. Auf dem Bahnhof Grunewald hatte laut Berliner Volksanzeiger dießes der Betriebsrat Weihner einem auf der Fahrt nach Grunewald befindlichen Reichsbahnbatallion die Stellung einer Wache zum Weitertransport verweigert. Aufgabe der dadurch hervorgerufenen mehrstündigen Verzögerung mußte der Batallionskommandeur an die Mannschaften Rechtsmittel im Werte von über 2000 Mark ausspielen. Das Batallion hat nunmehr an den Eisenbah

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktionssitz und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ottich, Riesa.

Nr. 218.

Sonntagabend, 18. September 1920, abends.

73. Jahrg.

Aus dem Reichswirtschaftsrat. Die Zuckerwirtschaft.

mit. Berlin, 17. September.

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich, nachdem er in zwei vorangegangenen Sitzungen Sachverständige gehört hatte, mit der Zuckerwirtschaft.

Dr. Roessle legte eine Entschließung folgenden Inhalt vor: „Der Süßzuckeranbau wird nur zu einem wesentlichen erweitert werden, wenn die Zwangsirtschaft bei Süßen und Zucker vollständig bestätigt wird. Wenn diese Wirtschaft mit dem Herbst 1921 einzutreten soll, so muß das schon jetzt blauend befürchtet werden, daß sich die zubehörnde Landwirtschaft bereits vom Herbst dieses Jahres ab zum Rückgang von Süßen im Jahre 1921 einschränken kann. Dann ist zu erwarten, daß im Frühjahr 1921 so viel Süßen angebaut werden, daß die Friedensverbrauchsmenge an Zucker vom Herbst 1921 ab Deutschland wieder zur Verfügung steht (etwa 12 Millionen Zentner Süßzucker). Für 1920/21 ist lediglich die Zwangszwirtschaft für Zucker anzuschreiben. Die Bewirtschaftung von Süßen, Melasse und Schnellzucker hat aus der Zwangszwirtschaft schon jetzt anzufangen. Und der Süßzuckeranbau von 1920 soll ein die bisherige Nation übersteigender Betrag zur Versorgung der Bevölkerung als Mund- und Einmacherzucker verwendet werden. Die anderen verarbeitenden Industrien sollen das Recht erhalten, ihren Nachbedarf durch Einführung zu decken. Die Industrien sollen sich im Wege der Selbstverwaltung zusammenfassen und die Verteilung der Zuckererzeuger und Kontrolle ihrer Verwendung. Es ist nicht zu vermeiden, daß der Zuckerpreis zur Sicherung einer vermehrten späteren Erhöhung des Süßzuckeranbaus und der Zuckererzeugung erheblich erhöht wird. Eine Ausfuhr von Zucker hat zu unterbleiben.“

In der Aussprache erklärte als Vertreter der Rentenagentur, Schatzmeister Jung, daß im Mittelpunkt des Landesplan bereits die Freigabe der Süßen- und Melassewirtschaft vorgesehen sei und daß die Freigabe der Zuckerwirtschaft im Herbst 1921 angekrebt werde. Die schriftliche Mehrerzungung solle der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Die Industrie müsse mit der bisherigen Belieferung aus der Inlandszwirtschaft auskommen oder sich selbst aus dem Ausland versorgen. Der Zukommenstypus der Industrien zu Selbstverwaltungsföderationen habe sich bereits vollzogen. Der Süßzuckeranbau müsse mit allen Mitteln gefördert werden. Wenn jetzt schon die Freigabe der Zuckerwirtschaft für 1921 erlaubt werde, müßten vorher Maßnahmen gegen die spekulative Kurshaltung der Bestände getroffen werden, auch eine Regelung der Zuckeranfuhr müsse vorbereitet werden.

Im Anschluß fand die Entschließung Roessle im allgemeinen Zustimmung, nur von Vertretern der Arbeitnehmerchaft wurden Einwendungen erhoben, insbesondere warf Abg. Wissell die Frage des flüssigen Zuckerpreises auf, worauf der Vorsitzende, Dr. August Müller, auf Grund seiner Erfahrungen während seiner Amtsführung im Reichsernährungsamt ausführte, daß der Zuckerpreis 1½ Jahr davor festgestellt werden müsse, was unmöglich sei, weil die spätere Wirtschaftslage nicht kollektiv vorhersehbar sei. Er trat für die Freigabe der Zuckerwirtschaft ein. Abg. Wissell (Vertreter der Verbraucherseite) möchte den Vermittlungsvorschlag, nach dem ersten Satz der Entschließung einzufügen: „Es ist daher grundsätzlich die Aufhebung der Zwangszwirtschaft, möglichst unter Sicherung der Bestände, einzuführen.“

Auf Anfrage erklärte der Regierungsvertreter, daß die Zuckererzeuger mit dem bislangigen Umlauf Ende dieses Jahres in dem bisherigen Umfang mit Inlandszucker versorgt werden würden. Eine Erhöhung ihres Kontingents sei noch nicht möglich, weil darunter die Komunalbelieferung leiden könnte. Die Schokoladenindustrie würde wieder Auslandszucker einkaufen.

Die Getreidewirtschaft.

mit. Berlin, 17. September.

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich heute mit der Getreidewirtschaft.

Der Präsident der Reichsgereideanstalt, Geheimrat Klein, erläuterte das Bild, das nach den bisherigen Erfassungen von der neuen Ernte zu erwarten sei, als z. B. die Regierung habe fast überall im Reiche stark enttäuscht. Die vom Ernährungsministerium des Reichstags durchgesetzte volle Freigabe des Deputats der Landarbeiter an Stelle der Feststellung einer von der Reichsgereideanstalt gewünschten Höchstgrenze ergeben ferner einen Ausfall von 500 000 Tonnen für die Allgemeinwirtschaft und eröffne eine neue Quelle für den Schleichhandel. Die Reichsgereideanstalt schlägt vorläufig die neue Ernte an Brotrübe nur auf etwa 7 Millionen Tonnen. Die Anbausätze für Brotrübe habe sich gegen das Vorjahr um 11 Prozent, für Getreide um 6,5 Prozent, für Hafer um ein Prozent, für Brotspeise, Gerste und Hafer zusammen um 7,5 Prozent vermindernd. Malzstärke wurde als Mittlerne, die Haferernte als gute Mittlerne, zum Teil noch besser bewertet. Im ganzen bleibt das Getreideangebot hinter dem Bedarf wesentlich zurück. Deshalb sei die Reichsgereideanstalt gegen eine Erhöhung der Besteuerung, wobei aber eine Herauslösung der Ausmühlung von 90 Prozent auf 85 Prozent zu gestehen, jedoch nur bei gleichzeitiger Brotrübeertragung von zehn Prozent. Wir müssen im übrigen bis zu 1 Millionen Tonnen Brotrübe importieren, hauptsächlich aus Amerika. Bei einem Durchschnittspreis von 5000 Mark für die Tonne würde diese Einfuhr allerdings zehn Milliarden Mark erfordern. Eine Übernahme dieser Kosten auf den Brotpreis würde unzulässig sein, nach Ansicht der Reichsgereideanstalt müßten sie auf die Brotklasse übernommen und durch allgemeine Steuern aufgebracht werden. Die Auslieferung von Getreide einschließlich Hafer sei in diesem Jahre gegen das Vorjahr bis 15. September von 241 000 Tonnen auf 357 000 Tonnen gestiegen, aber im Vorjahr habe gerade um diese Zeit eine wesentliche Verbesserung der Auslieferung eingesetzt, während wir anscheinlich jetzt bereit wieder in rückläufiger Bewegung seien. Am schlimmsten beunruhigend ist der Ausfall der Ernte, sondern der Umstand, daß die Getreideerzeuger im Gebiete der öffentlichen Wirtschaft außerordentlich hart verzagen und die Auskunftsmauen nicht belohnt werden.

Rücktritt des Reichsfinanzministers?

Widerstand gegen Dr. Wirths Finanzreform.

mit. Berlin, 18. September.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ vor Staatsabschluß mitgeteilt wird, scheint der Rücktritt des Reichsfinanzministers Wirth unmittelbar bevorzuhaltet. Eine Reihe von Schwierigkeiten, die es ihm unmöglich machen, gewisse Finanzreformen in seinem Sinne durchzuführen, sollen die Urtheile zu dem Entschluß des Ministers sein.

Das „Berl. Tagebl.“ gibt diese Nachricht, für die eine amtliche Bekanntigung noch nicht zu erhalten war, mit Vorbehalt wieder.

Die Zwangsausleihe.

Aus Berlin wird gemeldet: Von Seiten des Finanzministeriums wird zu den Pressemitteilungen über eine geplante Zwangsausleihe erklärt, daß unter den Möglichkeiten, die erwogen worden seien, um der Finanznot zu begegnen, sich auch die Zwangsausleihe befindet. Ein positives Resultat sei aber noch nicht erzielt worden.

Wie das „Berl. Tageblatt“ dazu schreibt, war eine Ratung dieses Problems schon deshalb nicht zu umgehen, weil der Punkt 7 der Tagessordnung für die Finanzkonferenz in Brüssel ausdrücklich die Behandlung der Fragen einer Kapitalabgabe oder Zwangsausleihe vorsieht. Es ist jedoch in Deutschland noch keinerlei positives Resultat bei der Durcharbeitung der Frage erzielt worden. Es ist keinesfalls beabsichtigt, etwa den Reichskanzler der Zwangsausleihe das Reichsnotopfer zu erlassen. Als leichter Deflationstermin zum Reichsnotopfer und zur Reichsteuer bleibt noch wie vor dem 30. September bestehen. Der Endtermin ist nicht, wie verschiedentlich berichtet, auf einen Monat hinausgeschoben worden.

Die preußische Landesversammlung über die Vorstände in Oberschlesien.

Die preußische Landesversammlung beriet gestern den Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen, die friesische Verstaatlichkeit der deutschen Staatsbürger in der Provinz Oberschlesien vor polnischen Übergriffen und Gewalttäglichkeiten unbedingt zu schützen und dafür zu sorgen, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles unbeeinflußt von jeglichem Terror ruhig ablaufen geht und vor allem Deutschland und Preußen davon gewahrt bleiben, daß die für unser Wirtschafts- und Staatsleben unentbehrliche Provinz Oberschlesien und ohne Abstimmung von den Polen gewaltsam entzogen werden. Abg. Dr. Pösch (Bente) hielt es nicht für zweckmäßig, sich ausdrücklich über die oberschlesischen Dinge zu sprechen und empfahl die Annahme des Antrages. Dagegen trat der Deutschnationale Conrad für eingehende Besprechung der unhalbaren Zustände in Oberschlesien ein. Dr. Pösch habe neulich auf dem Katholikentag in Wittenburg die Wohlstände erkannt. Auch in diesem Hause müsse das Volk aufgemuntert werden. Panzerne Proteste nützen nichts. Es sei höchste Zeit, daß die alliierten Mächte eingreifen und die französische Belästigung durch eine andere erledigen, wenn sie sich nicht mitzuhilflich machen wollten an dem Vorgehen der Franzosen und Polen. Würden die Dinge endlich nicht anders, so möge die Regierung zu den schärfsten Repressalien greifen. Abg. Scholz (Soz.) erklärte, dem Appell an die Regierung zu Repressalien könne seine Partei nicht zustimmen. Den Interessen Oberschlesiens werde am besten gedient, wenn alle Unstimmigkeiten in Ruhe und Ordnung erledigt würden. Wenn sich Herr Vorantritt als Herr des Landes bezeichnete, so sei das eine unglaubliche Annahme. Ministerpräsident Braun sagte u. a., die Staatsregierung sei dauernd bemüht gewesen, das Schicksal der Oberschlesier zu mildern und sie in ihrem aufopfernden Streben die Provinz dem Mutterlande und dem Deutschen Reich zu erhalten, im Rahmen des Verträller Vertrages nach Kräften zu unterstützen. Das werde auch in Zukunft geschehen. Die Gefahr sei noch nicht gebannt. Westliche Ausstände drohten. Liebkaurig, ja geradezu empörend sei es, daß die interalliierte Kommission nicht im Stande, oder was man nach dem Verhalten der Franzosen annehmen müsse, garnicht willens sei, das wehrlos gemacht Volk gegen polnische Brutalitäten zu schützen. Gemeinsam mit der Reichsregierung werde die Staatsregierung nach wie vor bemüht sein, auf geordnete, eine freie ungehinderte Abstimmung der Oberschlesier sichernde Verhältnisse in Oberschlesien hinzuwirken. Der Ministerpräsident schloß mit Worten des Dankes an die schwerpunktmäßig oberschlesische Bevölkerung und den Appell an sie, auszuholzen in diesem aufopfernden Rommie, damit auch die Abstimmung in diesem alten deutschen Lande sich zu einem Triumph des Deutschen Reichs gestalte. Dr. Gründ (Dem.) wies darauf hin, daß die Oberschlesier schwios der Ge-

walt und dem Munde ausgesetzt seien. Schon sieht werde verloucht, das Ergebnis der bevorstehenden Volksabstimmung zu lässen, indem man die Deutschen entwaffnet drangfahrt und vertreibe. Der Vertreter der Unabhängigen Biegler hält ebenfalls die Zustände in Oberschlesien für unbeliebt, die durch nationalsozialistische Treiber auf beiden Seiten verursacht seien. Seine Partei lehne den ersten Teil des Antrags ab, denn die Übergänge kriegen von den Deutschen veranlaßt werden. Die Neuverordnungen stehen andauernden Alarm bei den bürgerlichen Parteien hervor, deren Mitglieder bis auf je einen Abgeordneten den Saal verlassen. Bischöfe (D. Ep.) betonen die Bedeutung der bürgerlichen Abgeordneten wieder den Saal bestreiten, erläuterte, die großpolnischen Maßnahmen für und in Oberschlesien seien darauf zurückzuführen, daß die Polen sich ihrer Rolle keineswegs sicher seien. Darauf wurde der gemeldete Antrag gegen die Stimmen der Unab- hängigen angenommen.

Die Hinterhofsoldaten in Oberschlesien.

Noch in Händen der deutschen Regierung befindlichen polnischen Papieren sind die Hinterhofsoldaten in Oberschlesien durchaus mit vollen Gebühren beurlaubt. Soldatschäbler werden ihnen an der Grenze von den Polen die Soldbücher und die anderen Militärparavane abgenommen. Neben den anderen Stellen ist das polnische Stote Kreuz im Beuthen mit der Auszahlung des Soldes den Hinterhofsoldaten beauftragt. Die Soldaten kämpfen also mit Vorwissen und Genehmigung der polnischen Regierung.

Die Ehre für Breslau.

Aus Breslau wird gemeldet: Das französische Konsulat wird in den nächsten Tagen seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. Der vereinbarte militärische Akt vor dem Konsulat ist gestern ohne Störung bei ausgesuchter Haltung der Truppe vor sich gegangen.

Eupen und Malmedy.

Wie der „New-York-Herald“ mitteilt, hat der Rat des Volkerbundes in seiner Sitzung am Mittwoch die Volksabstimmung von Eupen und Malmedy nicht anerkannt, sondern den Beschwerden der deutschen Regierung stattgegeben, indem eine Kommission eingesetzt werden soll, die das gesamte Material zu prüfen und festzustellen hat, ob die Abstimmung in der richtigen Form vor sich gegangen ist.

Verschiedene Auslegung.

Die östliche Zeitung „Tempo“ veröffentlicht eine offizielle Note gegen die deutsche Auslegung der Zusammensetzung von Niglas-Baind. Baind wird gefragt, wo denn im Kommunikate steht, daß Deutschland vor der Genfer Konferenz ausgeschlossen wäre, und worin das Abkommen zwischen Polen und der bisherigen Linie bestehen sollte. Es sei nur ein Ausdruck der Genfer Konferenz mit Rücksicht auf die gleichzeitige Preußische Konferenz abgeschlossen worden, während der Deutschen Konferenz mit Rücksicht auf die gleichzeitige französische Konferenz abgeschlossen worden, während der Deutschen Konferenz mit Rücksicht auf die französische Konferenz abgeschlossen, noch zu sagen habe, was bei auch England keine Neigung zeigt, Frankreich aufzutreten.

Erschreckende Zahlen.

in Dresden, 18. September.

In einem Artikel über den Ausbau der produktiven Gewerbeblöcke für Böhmen in der „Dresdner Volkszeitung“ wird u. a. gefagt: Wir haben gegenwärtig in Deutschland rund 200 000 arbeitsfähige Gewerbeblöcke, davon in Sachsen allein 120 000. Für die Unterstützung dieser gewaltigen Zahl sind täglich, wenn man auf den einzelnen Gewerbeblöcken, einschließlich der Familienanzüchtungen, einen Sohn von 8 Mark rechnet, 2 000 400 Mark, in Sachsen 960 000 Mark erforderlich, aber im Monat 32 400 000 Mark, respektive 24 960 000 Mark. Auf das Jahr berechnet ergibt das eine Summe von 748 800 000 Mark im gesamten Deutschland. Diese Summe wird vollständig unproduktiv aufgegeben, und trotz dieser gewaltigen Summe muß dennoch gesagt werden, daß der auf den einzelnen entfallende Betrag zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist.

Neben die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen im Monat August wird aus Dresden gemeldet: Der Monat August hat für die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen eine weitere Verschärfung gebracht, während sie nicht in demselben Maße wie im Juli. Die Zahl der Erwerbslosen, soweit sie Unterstellung erhalten, ist von etwa 100 000 Mitte Juli auf über 120 000 Mitte August gestiegen, wozu außerdem die erheblichen Alters der Kurzarbeiter und Ausseher hinzugzurechnen sein würden, die durch Betriebs einschränkungen und zeitweise Stilllegungen der Betriebe betroffen sind. Die Ursache des fortwährenden Rückgangs des Wirtschaftslebens ist fast ausschließlich auf den Mangel an Aufträgen und nur vereinzelt auf Materialmangel zurückzuführen.

Dienstag stattfindenden dritten Sitzung verloren. Im Übrigen wird über alle wichtigen Fragen zwischen den Koalitionsparteien verhandelt und über die Ausgaben der Landesversammlung, insbesondere über die Durchführung der Verfassungsberatung zweifellos eine Einigung erzielt werden.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Nach einer Havasmeldung betrugen die deutschen Kohlenlieferungen im August insgesamt 1 975 000 Tonnen. Das Programm, nach dem im September 2 Millionen Tonnen geliefert werden sollen, sei in allen Einzelheiten festgelegt und seine Durchführung vollziehe sich unter bediegsamen Bedingungen.

Die wirtschaftliche Umwälzung in Italien.

Die Katholische Volkspartei Italiens veröffentlich einen Aufruf an das Land, in welchem sie daran erinnert, daß sie unmittelbar nach dem Kriege wirtschaftliche und soziale Reformen verlangt habe. Der Aufruf hebt hervor, daß die große Mehrheit des italienischen Volkes nicht an den Kommunismus glaube und seine gesellschaftlichen Experimente machen wolle, daß sie aber die absolute Herrschaft der individualistischen Wirtschaft auf der Grundlage des Lohnsystems für bedenkt halte. Der soziale Friede zwischen den Werksleuten der Unternehmen und den Handarbeitern sei notwendig. Der Aufruf betont das

**Oetker's
Milch-Eiweiß-Pulver**

mit Teigausatz
Kuchen, Käse, Torten.

2-3 Eiweiß
für Pannkuchen, Käse-Kuchen, Torten.

Mit verschiedenem Beigebut &
Zuckerzusatz entsprechend dem Rezept.

Güter

durch R. Haferkorn, Stärke u. Elsterwerda, Fernpr. Elsterwerda 344.

Strebel, Jöld. Junggeselle, obw. Charakter, Gr. 40er, ang. Preis, u. 12.000 M. Erb, wünscht Ehefrau in Landwirtschaft od. Geschäft, gl. w. Branche, Vertrieb, angef. Öffentl. n. A. in Elsterwerda.

Witwe, 48 J. mit Verm., wünscht Bekanntmachung mit rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Heirat.

Erlangt. Off. u. C.M. 5723 an das Tageblatt Niela.

Junge Witwe, Ende 20, mit aufgabendem Geschäft, sehrlich nach männl. Stil zu besserem Ausbau. Bei gegenseitigem Verstehen bald. Sie erwünscht. Diskretion selbstverständl. Öffentl. am 1. W. 1923 an Max-Haasenstein & Vogler, Chemnitz erb. Viele verm. Damen männl. sich bald glücklich zu verheiraten. Herren, wenn auch ohne Verm., erhält sofort Auskunft durch "Union" Berlin, Postamt 37.

Knechte, Pferdejungen, Mädel aus alle Stile, Österreich und 1 Großherzog für sofort such Frau Seelis, Stellenvorstand, Nördern.

Da. Krebs. Mann, Mitte 20er Jahre, vertraut mit allen Kontorarbeiten, sucht Stellung als

Kontorist gleich welcher Branche. Off. u. N. L. 5723 an das Tgl. Niela.



Bär, zum Verkauf. Börner, Glaubitz.

Ein Kinderwagen zu verkaufen. Gröba, Streblauer Str. 47, 1. r.

Heller Kindergarten zu verkaufen Goethestraße 11, 1. l.

Gebr. Sportwagen zu verkaufen.

Gröba, Streblauer Str. 18.

Da. preiswert abzugeben.

1 Kinderflaschenkübelchen,

1 Babywagen, 2 schwere

gerahmte Bilder, 1 Aktentasche,

1 Kinder-Glühbirnen, ein

Einloch-Glocken m. Schl.

Altrodelstr. 38, v.

Guterhaltene Bettdecken zu verkaufen.

Küchenstr. 18 B, v. 5.

Zu verkaufen, Wäsche,

1 Paar b. Schuhe, Gr. 39,

1 Handtasche, 7 Gr. Tragc.

Pöppeler Str. 35, 1.

Reitstall, Samtisch, Säbel,

Uniform, Sofen, Mantel, Reitstall,

fault Selle, Dresden,

Josephinstr. 8, Rom. 1. Haus.

Guterhaltenes Grammophon mit Platten

und neuer Herren-Ullkappe zu verkaufen. Au erfragten

im Tageblatt Niela.

und Wirtschaften jeder Größe, Geschäfte, Bäckereien, sowie andere Gewerbe- und Betriebe werden von abzuhängen. Räumungen gefordert.

Kommissonsgefecht,

Streit, 1000 M. an das Tageblatt Niela.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit

rechtschaffenen Herrn zw. bald.

Witwe, 48 J. mit Verm.,

wünscht Bekanntmachung mit</p

